

**Protokoll der Sitzung des JHA
vom 02.03.2017 Zeit: 14:30 Uhr – 18:30 Uhr**

Ort: Senatorin für Finanzen - Raum 208

Teilnehmer/-innen und Gäste:

s. Anwesenheitsliste

Vorsitz: Herr Barde

Protokoll: Herr Möller

Bremen, den 24.03.2017

Der neue Leiter des Gesundheitsamtes Bremen, Herr Dr. Jürgen Duwe, stellt sich dem Jugendhilfeausschuss vor. Er hebt die besonders gute Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe hervor, betont die Notwendigkeit einer guten Kooperation zwischen den Bereichen Jugendhilfe, Bildung und Gesundheit und hält z. B. gemeinsame Fortbildungen für sinnvoll, um die jeweiligen Handlungslogiken besser kennenzulernen.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. TOP 11 wird vorgezogen.

Unter TOP Verschiedenes werden folgende Themen angemeldet:

- Zuständigkeiten für den JHA bei der Senatorin für Kinder und Bildung.
- Frühförderung
- Verabredungen zwischen JHA und Verwaltung

TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

- Grundlagenklärung bezüglich der Rolle der Beiräte bei Verfahren der Mittelverteilung offener Jugendarbeit

In der AG gem. § 78 SGB VIII wurden aufgetretene Irritationen bzw. Unklarheiten in einzelnen Stadtteilen bezüglich des Verständnisses, der Rolle und der Befugnisse der Beiräte in den Controllingausschüssen (CA) im Zusammenhang mit offener Jugendarbeit erörtert. Es wird folgender Beschlussvorschlag eingebracht und einstimmig beschlossen:

„Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung, die Rechte und das Verfahren zur Beteiligung der Beiräte im Hinblick auf die Planungen der Stadtteilbudgets in der offenen Jugendarbeit grundsätzlich zu klären. Dabei ist darauf zu achten, dass das festzulegende Verfahren eine rechtzeitige Entscheidung über die Mittelverteilung vor dem Förderzeitraum sicherstellt.“

- Erfassung von Genderkennzahlen OJA

Frau Thoben-Bergmann erläutert ein Positionspapier zur Erfassung von Genderkennzahlen und kündigt für die nächste Sitzung des JHA einen Beschlussvorschlag an.

TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 02.02.2017

Das Protokoll der Sitzung vom 02.02.2017 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Top 4: Benchmarking Hilfen zur Erziehung

hier: Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs 2013 bis 2015 Hilfen zur Erziehung (HzE) im Interkommunalen Vergleichsring (IKO-Netz-Vergleichsring) der Großstadtjugendämter

Frau Dewenter führt in die Vorlage ein und erläutert, dass die Stadtgemeinde Bremen seit 1997 als Gründungsmitglied an dem Vergleichsring teilnimmt, an dem sich inzwischen alle 14 Großstädte beteiligen.

Auf Nachfragen stellt Frau Dewenter fest, dass spezielle Programme einzelner Städte wie z. B. „Bremer leben in Bremen“ selbstverständlich keine Betrachtungsfelder eines derartigen Vergleichsrings sein können. Ferner erläutert sie die Schwierigkeiten der Datenlage und Datenprobleme an Hand des Beispiels Sozialpädagogische Familienhilfe, die Planung, Daten über umA in die bevorstehende Berichterstattung für das Jahr 2016 zu erheben sowie den Umstand, dass Bremen bereits seit längerer Zeit bei den Hilfen für junge Volljährige eine vergleichsweise hohen Bestand zu verzeichnen hat. Kennzahlen über Maßnahmeabbrüche seien erstmalig Indikatoren die sich auch mit Wirkungen beschäftigen und einer weiteren Bewertung zugeführt werden müssten. Der Bericht werden seit Jahren auch in der AG gem. § 78 SGB VIII fachlich beraten und bewertet. Herr Schmitt weist für die freien Träger darauf hin, dass Bremen bei den Kosten pro laufendem Fall keinen Spitzenplatz belege und sieht hinsichtlich der Frage von Steuerungsimplicationen aus dem Bericht beispielsweise den Aspekt der Hilfeabbrüche als geeignetes Thema für eine Qualitätsdebatte an. Bezüglich des hohen Anteils von Hilfen für junge Volljährige benennt Frau Hellbach Gründe wie Späteinsteiger, belastete Entwicklungsverläufe, schwierige Bildungskarrieren, misslungene Zugänge zum Beruf, fehlende stützende Maßnahmen im Bereich des SGB II und Sucht- oder psychische Probleme.

Herr Diener berichtet aus der AG gem. § 78 SGB VIII und den dortigen Diskussionen über die Situation junger Volljähriger und informiert über die Einrichtung einer Unterarbeitsgruppe zur Befassung mit der Thematik von „Careleavern“.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Ahrens, Frau Leonidakis, Herr Schmitt, Frau Dewenter, Frau Hellbach, Herr Diener

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zu den Ergebnissen des Vergleichsringes der Hilfen zur Erziehung 2013 bis 2015 zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 5: Umsetzung des Integrationskonzepts – Bremer Jugendring

Frau Walter und Herr Goldschmidt stellen an Hand einer Präsentation die durchgeführten Projekte integrativer, außerschulischer Jugendbildung der verschiedenen Jugendverbände sowie des Bremer Jugendrings vor.

Im Verlauf der Erörterung wird für die Einblicke in die vielfältigen Integrations- und Verständigungsansätze gedankt und eine längerfristige Absicherung der Angebote auch unter dem Gesichtspunkt von Fragen der Perspektiventwicklung für junge Geflüchtete als dringend erforderlich angesehen. Herr Schmitt unterstreicht dieses, da auch neue Kooperationsbezüge zwischen diesen Angeboten und dem Bereich der Hilfen zur Erziehung entstehen würden.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau P. Krümpfer, Frau Leonidakis, Frau Ahrens, Herr Dr. Güldner, Herr Schmitt

TOP 6: Umsetzung des Integrationskonzepts – Lidice Haus – Service Bureau

Frau Dwertmann und Herr Njiki stellen das Projekt Migration und Bildung und seine drei Säulen „Peer to Peer, Fortbildung Rassismus und Kolonialismus und Gestaltung der Website „Welcome to Bremen“ vor. Zusätzlich erläutert Herr Njiki Projekt und Film „Your Voiceland“. Schließlich wird über Planungen, diese Angebote zu verstetigen und um die Möglichkeit des Erwerbs der Juleica, um andere junge Geflüchtete begleiten zu können, berichtet.

Auf Nachfrage informiert Frau Frank über den Umfang der Mittel für außerschulische Jugendbildung von € 140.000,00 pro Jahr für das LidiceHaus/ServiceBureau und den Bremer Jugendring.

Herr Barde kündigt eine Beschlussfassung zu TOP 5, TOP 6 und TOP 7 nach dem nächsten Tagesordnungspunkt an.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Frank, Herr Barde

Um die Besorgnis der Befangenheit zu vermeiden, gibt Herr Barde für die Dauer der Befassung mit dem nächsten Tagesordnungspunkt den Vorsitz an Frau Krümpfer ab.

TOP 7: Programm „Schlüssel für Bremen“

Frau Hellbach erläutert die Vorlage und die Entstehungsgeschichte des Projekts in der Ankommensphase zahlreicher junger Geflüchteter im Jahr 2016. Sie schildert die Notwendigkeit, sich jetzt mit der Perspektive des Projekts befassen zu müssen.

Frau Girod stellt an Hand einer Präsentation das Projekt vor.

Jugendliche Teilnehmer*innen aus Afghanistan und Syrien stellen sich und ihre Interessen und Aktivitäten vor.

Zwei Lehrerinnen stellen aus Sicht der Schulen die Kooperation mit dem Projekt als positive Ergänzung ihrer Arbeit in den Vorklassen dar.

Die Projekte werden allgemein als positive Beispiele von Integrationsprojekten für junge Geflüchtete gelobt.

Da zusätzlich zum Beschlussvorschlag zu TOP 7 ein Beschlussvorschlag von Bremer Jugendring und LAG bezüglich der Fortführung des Integrationskonzeptes für die Angebote in der Offenen Jugendarbeit, Familienbildung, der außerschulischen Jugendbildung und stadtweiten Schwerpunktmaßnahmen zur Integration von Jugendlichen vorliegt, erläutern Frau Dr. Rose und Frau Hellbach die Struktur der Beschlussfassung.

Frau Ahrens kündigt zum Beschlussvorschlag von Bremer Jugendring und LAG Enthaltung an, da sie mit einem Projekt nicht einverstanden ist.

Frau Leonidakis beantragt, eine Berichtsverpflichtung in den Beschlussvorschlag zu TOP 7 über die Ergebnisse der Bemühungen der Mittelschicht zugunsten der Fortsetzung des Projekts Schlüssel für Bremen aufzunehmen.

Da dieses als nicht erforderlich angesehen wird, lehnt der JHA diesen Antrag ab.

Frau Leonidakis beantragt eine Ergänzung in den Beschlussantrag zu TOP 7 aufzunehmen. Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Krümpfer, Frau Ahrens, Frau Dr. Rose, Frau Hellbach, Frau Leonidakis, Herr Dr. Güldner,

Beschluss zu TOP 7:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Jahresbericht und die Präsentation des Projektträgers zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport im laufenden Haushaltsvollzug um Prüfung der einmaligen Sicherstellung einer ganzjährigen Finanzierung des Projektes bis zum 31.12.2017.
3. Der Jugendhilfeausschuss bittet das Ressort, sich im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/ 2019 im Senat für die Fortsetzung und Mittel hinterlegung des Integrationskonzeptes insgesamt in mindestens gleicher Höhe einzusetzen.

Gegenstimmen: 1

Enthaltungen: 1

Beschlussfassung zum Antrag „Fortführung des Integrationskonzeptes für die Angebote in der Offenen Jugendarbeit, Familienbildung, der außerschulischen Jugendbildung und stadtweiten Schwerpunktmaßnahmen zur Integration von Jugendlichen.“

Herr Goldschmidt erläutert den Beschlussantrag von BJR und LAG.

Beschluss:

1. In den oben genannten Bereichen wurden in den Jahren 2016/2017 stadtweite und stadtteilbezogene Angebote zur Integration von jungen Geflüchteten konzipiert und entwickelt. In seiner Sitzung vom 2.3.2017 hat der JHA sich über einige dieser Projekte informiert. Auch wenn zurzeit nicht von einer verstärkten Zuwanderung ausgegangen werden muss, stellt der Ausschuss fest, dass über die Kinder- und Jugendförderung ein erheblicher Teil der Integrationsarbeit für geflüchtete Kinder und Jugendliche erfolgt. Positives zentrales Kriterium für eine erfolgreiche Integration geflüchteter, junger Menschen in die Gesellschaft Bremen ist die Nachhaltigkeit und Kontinuität der Angebote. Für die substanzielle Integration der jungen Menschen in Bremen sind die Angebote der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung von enormer Bedeutung, für u.a. ein nachhaltiges informelles Lernen (als Ergänzung zum formellen Lernen), Wertevermittlung und insbesondere für den Aspekt Demokratiebildung.
2. Mit der Umsetzung des Integrationskonzeptes des Senates aus 2016 konnte an vielen Orten erst Ende 2016 begonnen werden. Aktuell werden an vielen Stellen Strukturen und Angebotsformen aufgebaut, die für eine wirkliche Wirkung eine Perspektive benötigen.
3. Der JHA bittet das Ressort Jugend und Soziales und die Verwaltung die Fortführung der laufenden Angebote sicherzustellen und deren Berücksichtigung bei der Aufstellung der Haushalte 2018/2019 entsprechend anzumelden. Er bittet das Ressort, den Senat und die zuständige Deputation entsprechend zu informieren.
4. Der JHA bittet die Senatorin um einen Ergebnisbericht im JHA nach der Sommerpause 2017.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 2

TOP 8: Stadtteilbezogene Jugendbeteiligung 2016

Frau Frank erläutert den Auftrag stadtteilbezogener Jugendbeteiligung aus dem Rahmenkonzept OJA und die Entstehung der Erarbeitung des Konzepts.

Herr Reuser erläuterte das Vorgehen an Hand einer Präsentation und kündigte die Fortführung des Projekts für ein weiteres Jahr als Angebot für weitere Stadtteile an.

Für den BJR hebt Herr Goldschmidt das Projekt als guten Ansatz der Berücksichtigung von Interessen Jugendlicher hervor, dem aber auch weitere konzeptionelle Anstrengungen und Umsetzungsschritte folgen müssten.

Frau Frank erläutert auf Nachfragen die Zusammenhänge mit dem Rahmenkonzept OJA und macht darauf aufmerksam, dass mit der Dokumentation auch beabsichtigt war, das Interesse anderer Stadtteile zu wecken.

Darüber hinaus sei aber auch eine Verbindung mit anderen Ansätzen, wie zum Beispiel „Orte für Jugendliche“ im Rahmen von „Spielleitplanung“ denkbar, wenn nicht alle Kapazitäten für die OJA-Beteiligung in anderen Stadtteilen gebunden seien.

Herr Reuser schildert die weiteren Vorgehensweisen nach den Beteiligungsprozessen, stellt fest, dass selbstverständlich die spezifischen Bedarfe von Mädchen einbezogen werden und natürlich auch Reflexionsgespräche mit den Referatsleitungen Junge Menschen stattfinden. Zur Frage der Verstetigung teilt Frau Frank mit, dass der Zeitraum vom 01.04.2017 bis zum 31.03.2018 abgesichert und die Kooperation mit dem Lidice Haus als anerkannter integrierter Praxisstelle auch darüber hinaus wünschenswert und beabsichtigt ist.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Klahr, Frau Frank, Frau Görgü-Philipp, Herr Goldschmidt, Frau Ahrens, Herr Reuser

TOP 9: Qualitätsentwicklung in der offenen Jugendarbeit - Der Qualitätsdialog

Frau Frank führt in den Tagesordnungspunkt ein und weist auf den Zusammenhang mit dem TOP Jugendbericht hin.

Herr Assmann führt an Hand einer Präsentation in das Thema ein und schildert die Entstehungsgeschichte des Arbeitsansatzes der Qualitätsdialoge. Eine entsprechende Steuerungsgruppe wurde eingerichtet um den Prozess fortzuführen und ein Zeit-Maßnahme-Plan ist erstellt worden.

Frau Frank ergänzt, man habe die Datenerhebung anderer Städte gesichtet, um eine Datenbasis für die Qualitätsdialoge schaffen zu können, die gleichzeitig auch für die Erstellung des Jugendberichts genutzt werden könne.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Frank, Herr Assmann

TOP 10: Erstellung eines Jugendberichtes

Auf eine Einführung wird aus Gründen des langen Vorlaufs dieses Themas verzichtet. Herr Goldschmidt empfiehlt, den Zweck und die Zielsetzungen eines Jugendberichts darzustellen und plädiert für eine fortgesetzte, kontinuierliche Berichterstattung, die auch als Basis von Jugendhilfepflegeplanung dienen kann. Die Vertreterinnen der Fraktionen Die Linke und CDU beantragen, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen und signalisieren Enthaltung wegen bevor bereits mehrfach geäußelter Kritik an Inhalten und Struktur des geplanten Jugendberichts. Herr Dr. Güldner erinnert an die auch im LJHA erforderliche Abstimmung über den Umstand, keinen Landesbericht sondern einen kommunalen Bericht zu erstellen. Es wird vereinbart, über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Goldschmidt, Herr Schmitt, Frau Görgü-Philipp, Frau Leonidakis, Frau Ahrens, Herr Dr. Güldner

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem unter B. Lösung von der Verwaltung vorgeschlagenem Vorgehen zur Erstellung eines Jugendberichtes zu.

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 3

Beschluss:

2. Der Jugendhilfeausschuss richtet einen Unterausschuss „Erstellung eines Jugendberichtes für die Stadtgemeinde Bremen“ ein und bittet die Vertretungen der Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft sowie der freien Träger, der Verwaltung bis zum 05.04.2017 Mitglieder für den Unterausschuss vorzuschlagen. Er bittet die beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, ebenfalls Interesse an einer Mitarbeit zu bekunden und diese sachlich zu begründen. Um in der nächsten Sitzung eine Entscheidung über die Besetzung des Unter-ausschusses treffen zu können, bittet der Jugendhilfeausschuss die Verwaltung darum, eine Liste der für den Unterausschuss vorgeschlagenen Personen vorzulegen.

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 2

Beschluss:

3. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die personellen und finanziellen Voraussetzungen für die Erstellung eines Jugendberichtes in der Haushaltsaufstellung für 2018/19 anzumelden. Er bittet um Bericht-erstattung zur Frage, inwieweit das Vorhaben mit den Eckwerten für die Haushaltsjahre 2018/19 umgesetzt werden kann, ohne zulasten von Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien zu gehen.

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 2

TOP 11: Entwurf der Verordnung zur Änderung der Ordnung zur staatlichen Anerkennung der Sozialpädagoginnen/Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen/Sozialarbeiter im Lande Bremen vom 09. September 2010

Frau Priester führt in die Vorlage ein und schildert die Gründe für die Notwendigkeit der Veränderung der Anerkennungsordnung.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die vorgelegte Verordnung zur Änderung der Ordnung zur staatlichen Anerkennung der Sozialpädagoginnen/Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen/Sozialarbeiter im Lande Bremen vom 09. September 2010 zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 12: Bericht: Planung des Kindergartenjahres 2017/2018 – Sachstandsbericht zur Auswertung der Statusberichte I der Träger

Eine Einführung erfolgt nicht. Herr Dr. Schlepper informiert, der Bericht sei in allen Gremien wie UAG, AG 78 etc. beraten worden und dass seitens der Einrichtungen an die Eltern die Zusagen für Betreuungsplätze versandt wurden; auch zahlreiche Absagen mussten versandt werden. Auf Nachfrage informiert Frau Biermann, dass auch für die Interimsstandorte Anmeldungen angenommen und Zusagen gegeben wurden sofern ausreichende Klarheit für den Beginn der Betreuung ab dem 01.08.2017 besteht. Sollte dieses zwischenzeitlich in Frage gestellt sein, würden die Eltern rechtzeitig informiert.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Dr. Schlepper, Frau Ahrens, Frau Biermann

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Statusbericht I der Träger zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 13: Berichte der Verwaltung:

- **Weitere Berichterstattung zur Personal- und Arbeitssituation im ASD Junge Menschen - mündlicher Bericht**

Herr Diener berichtet über die Absprachen zwischen öffentlichem Träger und freien Trägern über Kennzahlen und die weitere Berichterstattung. Neben einer jeweiligen kurzen Quartalsberichterstattung zu den wichtigsten Kennzahlen inkl. des Quartalsbenchmarks mit den wichtigsten Fallzahlen soll jährlich im Herbst ein umfassender Gesamtbericht vorgelegt werden. Auf Nachfrage teilt Herr Diener mit, über die Rückführung eingetretener Leistungseinschränkungen im Bereich der Aufgabenwahrnehmung durch den ASD Junge Menschen werde ebenfalls berichtet werden.

TOP 14: Verschiedenes

- **Fakultativ geschlossene Unterbringung**

Frau Dr. Rose informiert, der Senat werde in seiner Sitzung am kommenden Dienstag einen Beschluss zur bisher geplanten Errichtung einer Einrichtung für fakultativ geschlossenen Unterbringung fassen und dabei Maßgaben weiterer zu entwickelnder Maßnahmen und Angebote in Betracht ziehen.

Herr Goldschmidt und Herr Schmitt bedauern, dass vor der seinerzeitigen Entscheidung über die Errichtung einer fakultativ geschlossenen Einrichtung nicht alle fachlichen Positionen der Jugendhilfe gehört und einbezogen wurden. Herr Schmitt drückt seine Genugtuung darüber aus,

zunehmend die Entscheidung über die Errichtung einer derartigen Einrichtung korrigieren zu wollen.

Frau Dr. Rose erinnert an die Hilflosigkeit aller Beteiligten angesichts der vielfältigen Problemlagen im Zusammenhang mit einer kleinen, multiple Auffälligkeiten aufweisenden Gruppe von Jugendlichen. In diesem Zusammenhang weist sie auch auf die Ratlosigkeit und die offenbaren Schwächen im Bereich der Jugendhilfe sowohl auf der Seite des öffentlichen Trägers aber auch auf Seiten der freien Träger der Jugendhilfe hin. Es habe seinerzeit an Ideen, Konzeptionen und geeigneten Arbeitsansätzen gefehlt, die zeitnah hätten umgesetzt werden können. Differenziert betrachtet habe die öffentliche Jugendhilfe keine ideologisch begründete, generelle Position gegen eine fakultativ geschlossene Unterbringung vertreten, sondern auch diese als eine mögliche Option in Erwägung gezogen. Inzwischen sei man in vielen Bereichen jedoch zu anderen Lösungen gekommen, dieses betreffe auch den entsprechenden Prozess zwischen öffentlichem und freien Trägern der Jugendhilfe, in dem andere Optionen, den vorliegenden Problemlagen bedarfsadäquat begegnen zu können, entwickelt wurden. Zudem sei die Zielgruppe für eine Spezialeinrichtung der bisher geplanten Art nur noch sehr klein, sodass eine Überprüfung der Planungen erforderlich wurde. Frau Dr. Rose hebt aber auch hervor, dass es erforderlich sei, diesen Prozess fortzusetzen, um weitere, den unterschiedlichen Bedarfen gerecht werdende Lösungsansätze und Angebote zu entwickeln. Sie hebt beispielhaft die gute Kooperation mit dem Jugendstrafvollzug im Zusammenhang mit Beratungen über Möglichkeiten des Umgangs mit besonders schwierigen Zielgruppen hervor. Die weitere Befassung mit der Thematik sogenannter Systemsprenger bleibe auf der Tagesordnung für die Jugendhilfe und hier seien öffentliche wie freie Träger weiterhin gefordert.

- **Zusammenarbeit im JHA**

Herr Barde berichtet über Gespräche und Abstimmungen zwischen öffentlichem und freien Trägern der Jugendhilfe, in deren Rahmen sich auch mit Fragen der mittelfristigen Themenplanung befasst wurde. Die werde dem JHA alsbald vorgelegt werden.

- **Frühförderung**

Herr Dr. Schlepper erläutert sein Schreiben an Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien und die dort dargelegten Ausstattungs- und Strukturprobleme im Bereich der Frühförderung. Er möchte diese Situation dem JHA anzeigen und als Thema anmelden.

- **Zuständigkeit für den JHA bei der Senatorin für Kinder und Bildung**

Herr Barde bittet um Klärung der Zuständigkeiten für den JHA bei der Senatorin für Kinder und Bildung.

- **Situation in der Elterngeldstelle**

Die Verwaltung gibt dem JHA die Vorlage für die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 23.02.2017 mit dem Bericht zur Situation in der Elterngeldstelle zur Kenntnis.

für das Protokoll:

Arnd Möller